

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

20.5.1873 (No. 117)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 117.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 18 kr., durch die Post bezogen:
1 fl. 52 kr. vierteljährlich.

Dienstag, 20. Mai

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile oder deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Für den Monat Juni laden wir zu zahlreichem Abonnement auf den Badischen Beobachter ergebenst ein. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Landpostboten entgegen; für Karlsruhe und Umgegend das Bureau unseres Blattes.

Die Expedition des Bad. Beobachters.

Der Papst greift den gewaltthätigen und nicht den wehrlosen Feind an.

→ Von der Dreisam. Aus alter und neuer Zeit erzählt uns Historia, daß die Gewaltigen der Erde meist erst dann die Wahrheit ungeschminkt zu hören bekommen, wenn ihr Glückstern erbleicht und sie von allen Seiten bedrängt werden. Dann freilich werden die Ungerechtigkeiten an die Lärmstange gehängt und gerade von den frühern Schmeichlern unerbittliches Strafgericht gehalten. Gegenüber dieser Feigheit, die vor der Gewalt auch der Brutalsten niederkniet und erst der gefallenen-Größe die Wahrheit in die Ohren donnert, sichts das Benehmen der Päpste in wohlthuender Weise ab. Der Papst hielt den Despoten ihre Gewaltthätigkeiten gerade dann am stärksten wie Samuel vor die Augen, wenn sie auf dem Zenith der Macht angekommen und Alles vor ihrem allmächtigen Willen sich beugte. Die Nerone, die Attilias, die die Freiheit fremder Völker antastenden Cäsaren wissen genug hiervon zu erzählen; auch unser Jahrhundert bietet interessante Bilder.

Wie der greise, wehrlose Papst Pius VII. den Ungerechtigkeiten des französischen Kanonikerkaisers Faustschläge in's Angesicht schlug und den brutalen Länderraub durch die öffentliche Excommunication an den Pranger stellte, da war der Imperator Herr der Welt. Franz II. von Oesterreich, Friedrich Wilhelm von Preußen, die Könige von Württemberg und Bayern, Hieronymus, König von Westphalen, und die Fürsten des Rheinbundes — ein ganzes Sternbild gekrönter Häupter drehten sich um den mächtigen Herrscher als um ihre Sonne. Deutsche Staatsmänner beteten seinen ungerechten Erfolg mit Herz und Mund an und deutsche Dichter wie Göthe und Hebel rahnten das häßliche Bild des Länderraubers mit den prächtigsten Goldrahmen ein. Napoleon nannte diesen Muth des Papstes, der es wagte, dem Gewaltthätigen die Wahrheit in's Gesicht zu sagen, eine „Berrücktheit“. „Ich habe nichts dagegen“, schreibt er vom 9. Juli aus Schönbrunn an seinen Minister, „daß der Papst [der todtkrank nach Fontainebleau deportirt wurde] nach Rom zu-

rückgeschickt werde, sobald seine Berrücktheit aufgehört.“ Allein nach dem gewiß unverdächtigen Zeugniß seines Kerkermeisters, des Generals Radet, bewahrte der Gefangene, dessen „Berrücktheit“ erst mit dem Napoleonischen Kaiserreich enden sollte, in diesen so qualvollen Tagen die vollkommene Ruhe seiner Würde und das ganze Wohlwollen seines Säckelns. Napoleon selbst bekam vor dem apostolischen Greis bald den größten Respekt, wie seine an Hrn. v. Fontanes gerichteten Worte bezeugen: „Alexander der Große konnte sich den Sohn Jupiters nennen, ohne daß ihm Jemand widersprach; ich aber finde einen Priester mächtiger als mich, weil er über die Geister herrscht, ich nur über die Materie.“

In dem s. g. kleinen Zimmer im kaiserlichen Palais zu Fontainebleau ist auf einem Wagnontische in der Mitte eine Messingplatte eingegraben und steht darauf geschrieben, daß hier Napoleon I. am 5. April 1814 seine Abdication unterschreiben mußte. Welch' ein Sturm mag in den Adern des stolzen Mannes gelebt haben! Da hat sein Opfer — Papst Pius VII. Jahre lang in Gefangenschaft gefesselt, da hat Napoleon den Papst mit den größten Jururien überhäuft und an derselben Stelle muß er sein Geschick und die Strafe unterschreiben, die der Papst dem Gewaltigen, als er über Europa gebot, prophetisch vor Augen hielt.

Demselben Papst Pius vermerkten es die Regierungen übel, weil er die Verwandten des Napoleons, die — weil schutzlos — verflucht wurden, aufnahm. Allein Pius, der den Muth hatte, dem Kaiser auf dem Höhepunkt seiner Macht entgegenzutreten, ließ sich nicht beirren, Schutzlose aufzunehmen.

Die Macht des französischen Imperators und vielfach dessen Despotismus erbte der Czar Nicolaus. Die Katholiken von Polen sollten durch die Nicolaus'sche Verfolgung von Rom getrennt und die russisch-orthodoxe Propaganda in jeder denkbaren Weise begünstigt werden. Im Jahr 1845 kam der Czar nach Rom und hatte eine Unterredung mit Gregor XVI. Derselbe durfte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne dem Kaiser mündlich und persönlich vorzuhalten, was durch eine Reihe von Jahren nicht erzielt werden konnte. Nicolaus suchte, wie es oft seine Minister gethan, zu beschönigen oder rundweg zu leugnen. Allein der Papst zog einige Papiere hervor, die er vor des Czaren Augen entfaltete. Es waren Abschriften von des Kaisers eigenen Ukasen. Da verlor Nicolaus die Fassung; er stammelte einige Ausflüchte, bis der Papst mit hl.

Ernst sprach: „Sire, die Zeit kommt heran, da wir Beide vor dem Richterstuhle Gottes stehen, um ihm Rechenschaft von unsern Handlungen abzulegen, ich ohne Zweifel zuerst, denn ich bin in Jahren weit vorgerückt. Ich würde vor dem Auge des Höchsten mit Zagen erscheinen, wenn ich nicht heute die Vertheidigung der Kirche übernehme, zu deren Befolgern sich ihre Minister machen. Bedenken Sie wohl, Gott hat die Könige für das Wohl der Völker gemacht und nicht die Völker für die Lannan der Könige!“ Tief ergriffen von der würdevollen Erscheinung des hl. Vaters, sowie von dessen Worten neigte sich Nicolaus über die Hand des Papstes und küßte sie. (S. Helfert.)

Nach dem Krimkrieg commandirte Europa der Napoleonide. Der Emporkömmling schärfte mit dem Blasbalg des „Nationalitätsprincips“ überall das Revolutionsfeuer, verbrannte dabei die Völkerverträge von 1815 und unter der wurmstichigen Decke des Schutzes, den er zum Schein dem Papste gewährte, ließ er die Kirche um so stärker untergraben. Die Franzosen und nicht ein kleiner Theil liberaler Deutscher, die jetzt dem verstorbenen Exkaiser so kräftig fluchen — wetteiferten, den mächtigen Cäsar zu verherrlichen [und ließen sich Geld von ihm zahlen! D. Red.], keine Regierung wagte es, ihm, so lange er auf der Höhe der Macht stand, auch nur in der Diplomatentinte entgegenzutreten. Diesen Muth, dem Gewaltigen die Wahrheit in's Gesicht zu sagen, hatte der „schwache Greis“ im Vatikan. Er zerriß schonungslos das Lügengewebe, dessen Fäden der Allerweltspolitikus an der Seine so fein anzuzetteln verstand. Wie wieder einmal der französische Gesandte in den schmeichelhaftesten Versicherungen den Papst des kaiserlichen Schutzes versicherte, hatte Pius für die ganze lange Rede des Gesandten einen einzigen Satz als Antwort. Er ergriff das Crucifix mit den Worten: Ecco quello, che non ha mai ingannato, in lui è la mia fiducia! (Siehe dieser allein hat mich noch nie getäuscht, auf ihn ist mein Vertrauen gerichtet!)

Das Urtheil des genialen Schiller über die Päpste ist nur der Geschichte abgestreift, wenn er sagt: „Obgleich mit jedem dahinscheidenden Papst die Thronfolge abriß und mit jedem neuen Papst wieder frisch geknüpft werden mußte, so war dies doch der einzige Thron, der nie seine Besitzer zu verändern schien, weil wohl die Päpste starben, der Geist aber, der sie besetzt, unsterblich ist.“

Zur hundertjährigen Feier des Geburtsfestes des verewigten hochwürdigen Herrn Erzbischofs Hermann v. Bicari in Freiburg und der damit verbundenen Katholikerversammlung in Aulendorf den 13. Mai 1873.

Herbei, getreue Katholiken
Und schließet fester eure Reih'n!
Der Feind droht stärker anzurücken,
Er will in's Centrum dringen ein.
Die Schlacht sie wüthet aller Orten,
Das Hölleheer kämpft überall;
Drum stellt entgegen euch den Horden,
Und seid ein starker Festungswall!
Ihr habt zu einer Fahn' geschworen,
Gefärbet roth mit Christi Blut;
Wer von ihr flieht, der ist verloren,
Der fällt anheim der Satansbrut.
Auf diesem Banner prangt das Zeichen,
Das einst erklämpft den größten Sieg,
Vom Kreuze wollen wir nicht weichen,
Es stählt den Muth im Geisterkrieg.
Vorichtig schleichen Plänklerketten
Des Feindes her an unsre Schaar;
Drum haltet brennend die Lanetten!
Je stiller — größer die Gefahr.
Sprecht nicht: „Es hat nichts zu bedeuten,
Die Rührung sei nur Ueberfluß —
Der Feind steh' noch im fernem Weiten“, —
Und doch hört man schon Schuß auf Schuß.

Der Teufel lagert vor den Thoren,
Man hat ihn da und dort vermerkt;
In diesem Kampf verdient auch Sporen!
Steht fest, im Glauben wohlgestärkt!
Der Herr hat Wachsamkeit empfohlen
Am Delberg in der Leidensnacht;
Bei Ihm laßt uns die Waffen holen,
Die wir bedürfen in der Schlacht!
Seht die Heroen die uns führen,
Schaut hin auf den Episcopat!
Daß solche Hirten Deutschland zieren
Ist eine große Gottesgnad'.
Wir feiern heute ein Jahrhundert,
Das solchen Helden einst gebar, —
Der wie ein Fels stand hochbewundert,
Als drohete der Kirch' Gefahr.
So laßt uns steh'n wie Deutschlands Eichen,
Wie Hermann von Bicari stand!
Dann wird die Sonne nie erbleichen,
Das Glaubenslicht dem Vaterland!
Deßhalb herbei ihr dort vom Bussen,
Reicht denen an der Riß die Hand!
Kommt zu den Brüdern an der Schussen,
Vom Bodensee, vom Donaustrand!
Vom Allgäu, an der Iller ziehet
Herbei zum großen Ehrenfest!
Wo noch ein Glaubensfünkchen glühet,
Der Sturm zur großen Flamme bläst.
Hier schöpfen wir an Hermanns Wiege

Der Hoffnung Siegeszuversicht;
Vorwärts mit Gott zum Kampf und Siege!
Denn Gott verläßt die Deutschen nicht.
Doch sind wir keine Menschenwürger,
Auch steh'n wir treu zum deutschen Reich;
Wir sind bestrebt als seine Bürger,
Das Recht zu wahren Jedem gleich.
Wir reichen nicht den Communisten,
Den Umsturzmannern uns're Hand,
Der Wohlstand ist der eines Christen:
„Für Gott und für das Vaterland!“

Winterstettenstadt in Württemberg, im Mai 1873.

Ludwig Riedt.

(Obiges herrliche, von dem Verfasser vorgetragene Gedicht rief in der Versammlung zu Aulendorf eine solche Begeisterung hervor, daß die Jubelrufe kein Ende nehmen wollten. Mit Genehmigung des Herrn Verfassers wurde dasselbe der Redaction des Bad. Beobachters zur Veröffentlichung zugesandt. D. R.)

Verschiedenes.

Aus Cherson wird der (Petersburger) „Bärse“ geschrieben, daß die daselbst anberaumt gewesene Session des Schworenengerichtes des Dnjeprowskischen Bezirkes nicht zu Stande gekommen, weil von den 36 erschienenen Geschworenen kein Einziger zu lesen und zu schreiben verstand. Die Gerichtsverhandlung mußte daher ausgesetzt werden.

Deutschland.

* Karlsruhe, 18. Mai. Was aus dem Reichspressegesetz werden soll, weiß kein Mensch. Vor kurzem noch hatte man von allen Seiten ein Pressegesetz für ganz Deutschland verlangt und heute schon muß man froh sein, wenn man von Seiten des Reichskanzlers von jedem derartigen Geschenk verschont bleibt, da Alles, was bisher über die Bestimmungen des Reichskanzlei-Entwurfs verlautete, der Art reactionär ist, daß selbst die ergebensten Diener und Schleppträger Bismarck's nicht Ja und Amen, wie sie sonst gewohnt sind, dazu sagen können. Hätten wir ein Pressegesetz zu erwarten wie das von der Presse skizzierte, dann könnte man nichts Besseres thun, als Seitens der Redactionen aller vom Preßbureau nicht bezahlten Blätter eine submissivste Eingabe an einen hohen Reichstag und einen durchlauchtigen Reichskanzler zu richten, worin um die Wiedereinführung der Censur im Interesse der deutschen Presse petitionirt würde. Da wäre man doch der perpetuirlichen Prozesse überhoben, man könnte gemüthlicher schreiben, wie's Einem um's Herz wäre, wenn auch nicht für's Publikum, so doch für den Censor, diesem es überlassend, zu streichen was für des Staates Wohl für bedenklich erachtet würde. Und wie schön würden die zahlreichen von Druckerschwärze nicht entweichten leeren Räume in den Zeitungen ausnehmen, aus gleichsam eben so viele freie Plätze zum Ausruhen für den lesenden Reichsbürger und Zeitungspilger! Gälte doch da mit kleiner Variation der Vers aus dem schönen Lied:

"Sie laden den Pilger zum Schlafen ein!"

München, 17. Mai. Der frühere Besitzer der „Süddeutschen Presse“, Julius Fröbel, ist dem Vernehmen nach zum deutschen Consul in Smyrna ernannt worden.

Kaiserslautern, 14. Mai. In der heutigen Sitzung des Polizeigerichtes wurde der Buchdrucker und Verleger der „Pfälzischen Volkszeitung“, Philipp Kühr dahier, wegen Betrugs und Betrugsversuchs gegenüber vier Hamburger Bankhäusern zu zwei Monaten Gefängniß und in die Kosten des Processes verurtheilt. Die Kosten mögen nicht unbedeutend sein, da Zeugen aus Hamburg und Straßburg geladen waren. Wie bekannt, handelte es sich um die Aufnahme verbotener Hamburger Lotterieanzeigen in die „Pfälzische Volkszeitung“. Es wurden nämlich diese Anzeigen nur in die nach Hamburg an die Auftraggeber zur Controlirung gesendeten Belegblätter, nicht aber auch in die zur Verbreitung bestimmten Exemplare des Blattes aufgenommen und dennoch die Inserationskosten berechnet. Der Verurtheilte wird die Verurteilung ergreifen. (P. B.)

Aus Westfalen, 12. Mai. „Es wird eine Zeit kommen, wo man den Bismarck-Cultus eben so unerklärlich finden wird, wie manchen andern Herren-Cult.“ Das ist in den katholischen Kreisen Westfalens, und nicht minder in den gläubig evangelischen die allgemeine Ueberzeugung. Es ist in der That etwas Eigenthümliches um die fragliche Apotheose. Mehr als ein Mal war ich in der Lage, beobachten zu müssen, wie ein leises Wort, eine andeutungsweise hingeworfene Bemerkung oder Anspielung genügte, um sofort gewisse Leute in Harnisch zu bringen, wenn dieselben eine Verringerung des dem Gegenstande ihres Cultus nach ihrem Dafürhalten gebührenden Maßes von Verehrung auch nur ahnten. Die wirkliche Größe des Reichskanzlers in Ehren! Aber wohin gerathen wir in unserer Zeit, in dem so freiheitslüsternen, vielberäucherten „19. Jahrhundert“!? Hat es in der Kaiser- und Prätorianer-Periode etwas gegeben, was diese Zustände überbieten könnte? Unserem Landsmann Freiherrn v. Schorlemer-Nist wird man allerdings den Vorwurf des Byzantinismus nicht machen können. Die Schlüsselworte seiner jüngsten Rede im Abgeordnetenhaus waren von einer Schneidigkeit, wie sie im Landtage sonst nicht gehört werden. Dafür ist Herr v. Schorlemer auch der rechte Sohn seiner heimathlichen Provinz, und nebstdem ein Cavalier, der dem jetzt Höchstgestellten in Bezug auf edle Abstammung und auf Geist nicht nachsteht, wie wenig er allerdings auch in manche Bahnen des von ihm belämpften Staatsmannes um irgend einen Preis der Welt einlenken möchte. Darauf aber dürfen Sie sich verlassen, daß in sehr vielen und großen Kreisen Westfalens diejenigen Anschauungen und Grundsätze getheilt werden, welche unser Vertreter mit solchem Freimuth vertritt, und daß Westfalen ähnlich wie 1838 auch dies Mal den Reigen eröffnen wird im geschlichen Kampf gegen die auf kirchlichem Gebiete noch kindlich unerschrockenen Streiter des Neuhedenenthums. (K. B. B.)

Berlin, 15. Mai. Die hier erscheinende „Deutsche Gemeinde-Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 18 den Wortlaut der Rede des aus Allerhöchstem Vertrauen ernannten Herrenhaus-Mitgliedes Geh. Legationsrath v. Bruner, des frühern Unterstaatssecretairs im Ministerium des Auswärtigen, gegen die vollzogenen preussischen Kirchengesetze. Das Blatt begleitet diesen Ausdruck mit einer Einleitung, in welcher es selber energisch gegen diese Gesetze sich ausspricht. Der „Gemeindezeitung“ wird man den Vorwurf des Ultramontanismus auch nicht von fern machen dürfen und daher wird es um so interessanter sein die Auslassung desselben kennen zu lernen. „Wohl selten,“ schreibt das Blatt, „hat der Erlaß von Gesetzen in Preußen, ja in Deutschland und darüber hinaus, ein so allgemeines Interesse, Aufsehen und eine so allgemeine Erregung hervorgerufen, als dies bei den sog. kirchlichen Gesetzen der Fall ist. Und in der That, diese Gesetze greifen so tief in die Selbstständigkeit des freien kirchlichen Lebens ein, widerstreiten so vollständig allen bisher im Namen des „Liberalismus“ vertretenen Anschauungen und Grundsätzen, sind so sehr geeignet, gerade das Gegentheil von dem herbeizuführen, was sie bezwecken, drohen in ihren Consequenzen so verhängnißvoll für die gesammte freiheitliche Entwicklung zu werden, daß es einem unabhängigen Organ der Presse, selbst wenn es der Sphäre des kirchlichen Lebens an und für sich ganz fern steht, unmöglich ist, über diese Gesetze völlig mit Stillschweigen hinwegzugehen. Man wird nicht im Entferntesten auf den Gedanken kommen können, daß wir vom „ultramontanen“, vom streng-orthodox-kirchlichen Standpunkt aus ein Gegner der Gesetze sind, oder daß unsere Widersacher-schaft gegen dieselben, wie jetzt die generelle politische Verleugungsformel lautet, aus „staatsfeindlichen“ Gesinnungen hervorgeht. Unser „kirchlicher“ Standpunkt ist der denkbar „rationallistischste“ und, was die „Staatsfeindlichkeit“ anbelangt, so halten wir nicht nur die kirchlichen Gesetze selbst schon um deshalb für mehr „staatsfeindlich“ als kirchenfeindlich, weil sie den herrschenden Kirchen ein unbedientes Martyrthum verleihen, sondern haben bereits seiner Zeit beim Erlasse der gegenwärtig in Kraft bestehenden allgemeinen politisch-socialen Gesetze auf deren zweifellose „Staatsfeindlichkeit“ ausdrücklich und mit aller Energie hingewiesen, und der gegenwärtige innere, allgemeine, alle staatlichen Verhältnisse zeretzende und auflösende sociale Kampf hat leider nur zu sehr unsere damaligen Behauptungen bestätigt. Es gibt wahrlich andere, bessere, edlere und wirksamere Mittel, als Ausnahme- und Polizeiaufsichtsgesetze, um dasjenige aus den herrschenden Kirchen zu beseitigen, was in der That „staatsfeindlich“ ist; aber man will oder versteht eben dieselben nicht anzuwenden, weil man selbst des Willens und des Bewußtseins der höhern und edlern der staatlichen Gesetzgebung wirklich obliegenden Aufgaben entbehrt. Nicht nach Grundsätzen und Tönen, sondern nach Einfällen und Zweckmäßigkeitssmaßregeln wird unsere heutige Zeit regiert. Vergeblich ist es daher auch, und namentlich während der herrschenden Strömung vergeblich, gegen herrschende Einfälle anzukämpfen; es genügt in solchen Augenblicken für den unabhängigen Mann und die unabhängige Presse, trotz der herrschenden Strömung, „Farbe zu bekennen“ und das eigene Gewissen Decker zu rütteln, welche zu jeder Zeit die „muthigen Vorkämpfer“ aber bewußtlosen Werkzeuge — der Phrase gewesen sind. (K. B. B.)

Berlin, 15. Mai. Für die Bewilligung von Diäten an die Reichstags-Mitglieder sollen sich im Bundesrath nur Baden, Oldenburg und einige kleinere Regierungen ausgesprochen haben.

Berlin, 15. Mai. Die vier kirchenpolitischen Gesetze sind jetzt in der Gesetzsammlung erschienen, jedoch nicht an einem Tage unterschrieben, vielmehr trägt jedes der vier Gesetze ein besonderes Datum, so das über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen das Datum des 11., das über die kirchliche Disciplinargewalt des 12., das über die Grenzen des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel des 13. und endlich das über den Austritt aus der Kirche des 14. Mai. Letzteres ist also am spätesten, also gestern erst vollzogen worden. Die Gesetze treten in der Zeit vom 23. bis 29. d. M. in Kraft.

Berlin, 15. Mai. Bei den Vorbereitungen, welche im Cultusministerium zur Ausführung der neuen Kirchengesetze mit größter Schleunigkeit getroffen werden, handelt es sich auch, wie officös geschrieben wird, um die sofortige Einsetzung der Commissionen für die Staatsprüfung der Geistlichen.

Die „Germ.“ schreibt: Der „Börsenkrach“ in Wien hat nicht verfehlt, seine Wirkungen auch in hiesiger Geschäftswelt zu zeigen. Nachdem bei Siemens und Halske eine beträchtliche Anzahl Arbeiter entlassen worden sind, ist gestern diesem Beispiele auch Frister und Rossmann (Nähmaschinenfabrik) gefolgt. Man spricht von der Entlassung von 200 Arbeitern.

Berlin, 16. Mai. Heute tagen wieder alle drei parlamentarischen Körperschaften. Das Abgeordnetenhaus hat seine Sitzung um 9, das Herrenhaus um 10, der Reichstag um 12 Uhr begonnen. Letzterer erledigte zunächst die dritte Lesung des Gesetzes über den Reichsinvalidenfond. In der Generaldiscussion erklärte sich Windthorst (Meppen) unbedingt gegen das ganze Gesetz, während Richter Namens der Fortschrittspartei es nur dann für unannehmbar erklärte, wenn die Communal-Obligationen auf der Liste der Papiere, in denen der Fond angelegt werden soll, beibehalten würden. Wie in der vorigen Berathung sprach sich auch heute die Mehrheit der Versammlung für die Beibehaltung der Communalpapiere aus. Ja, die Special-Interessen der Communen trugen heute noch einen vollständigeren Sieg über die constitutionellen und finanziellen Bedenken davon, indem die Communalpapiere unbeschränkt für die Anlage des Invalidenfonds zugelassen wurden. Die in der vorigen Berathung beschlossene Beschränkung ihrer Zulassung bis zum 1. Juli 1876 wurde heute in namentlicher Abstimmung mit 128 gegen 115 Stimmen beseitigt. Im Uebrigen wurde das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Der Versuch des Hrn. v. Kardorff, die Pfandbriefe und Eisenbahn-Prioritäten auf die Liste zu bringen, mißlang. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, der Jahresbericht über Elsaß-Lothringen, führte zu einer längeren Erörterung über die Verwaltung der Reichslande, welche heute nicht zu Ende geführt, sondern auf die morgige Sitzung vertagt wurde. Die Abgg. Windthorst (Meppen) und Sonnemann brachten verschiedene Beschwerden der Bevölkerung gegen die Verwaltung und die Maßregeln der Regierung zur Sprache, welche der Reichskanzler und der Abg. Bamberger nicht zu widerlegen vermochten, aber dadurch abzuschwächen suchten, daß sie sich gegen die politische Richtung der Redner wandten, statt die Vorwürfe zu entkräften die Personen anzuweisen und jede derartige öffentliche Besprechung als inopportun oder gar als unpatriotisch darzustellen strebten. (Frkf. Bzg.)

Berlin, 16. Mai. Das „Deutsche Wochenblatt“ widerspricht der Mittheilung des „Wiener Tageblattes“, wonach Kaiser Wilhelm mit Kaiser Alexander in Wien zusammenzutreffen sollte. Das „Wochenblatt“ fügt hinzu, vorerst scheint der 16. Juni als Tag der Abreise Sr. Majestät in Aussicht genommen zu sein. Dem Vernehmen nach werde der Kaiser nicht vor Mitte Juni Berlin verlassen.

Berlin, 16. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde die Genehmigung zu einer strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs Siegl und der sächsischen Zeitschriften wegen Beleidigung des Reichstages dem Antrage der Commission entsprechend, ver sagt. Die Gesetvorlage über die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds wurde in dritter Lesung im Wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt. Ein vom Abgeordneten Meyer gestelltes und vom Staatsminister Delbrück befürwortetes Amendement zu §. 9, welches den früher beschlossenen Anschluß der Communalpapiere aus der Reihe der Effekten, in denen die Anlage des Invalidenfonds erfolgen kann, beseitigt, wird in namentlicher Abstimmung mit 128 gegen 115 Stimmen angenommen. — Bei der darauf folgenden Berathung des Jahresberichts über die Verwaltung Elsaß-Lothringens erklärt der Reichskanzler Fürst Bismarck dem Abgeordneten Windthorst gegenüber: Die Dictatur endigt am 1. Januar 1874, wenn der Reichstag nichts Anderes beschließt. Ueber die künftigen Verhältnisse wird dem Reichstage eine besondere Vorlage zugehen. Ich verspreche mir von dem Zusammensitzen der Elsäffer mit uns im Reichstage ein gutes Verhältniß, zur Enttäuschung derjenigen Parteien, welche das Gegentheil hoffen. Die Niederhaltung der französischen Sympathien ist in dem Lande, welches wir zur Sicherung unserer seit zweihundert Jahren bedrohten Grenzen erworben haben, nothwendig. Die Maßregeln gegen die katholischen Elemente sind durch ultramontane Agitationen herbeigeführt. Die Wirkung der Schuldbrüder ist nach Ansicht der Regierung viel schlimmer, als der Lehremangel selbst. Jedes Losreißen von Altem und Verbinden mit Neuem hat Vorkerkten. Wir Norddeutsche sind auch im Gewinnen von Sympathien nicht sehr geschickt, aber

wir wollen Elfaß-Lothringen möglichst wenig wehe thun. Zweifelnd Sie nicht an unserm Geschick, an unserer Ausdauer, an unserm Muth und unserm Bestreben, allen Angriffen zu widerstreben. (Stürmischer Beifall.) Das Haus vertagte sich bis morgen, nachdem im Laufe der Berathung Fürst Bismarck noch mitgetheilt hatte, daß über die von einem Vordredner gewünschte Kompetenzbeschränkung der Kreisgerichte bezüglich aller nichtpolitischen Vergehen bereits eine Vorlage vorbereitet werde. — Der „Reichsanzeiger“ publicirt das Wohnungservergesetz.

Berlin, 17. Mai. Der Reichstag genehmigte bei der Schlußabstimmung das Gesetz über den Reichsinvalidenfond mit großer Majorität und setzte sodann die Berathung der Jahresübersicht über die Verwaltung Elfaß Lothringens fort. Gegenüber Windthorst, welcher nochmals die Verletzung des Freiheitsgesetzes im Reichslande und die Ausweitung der Schulbrüder bemängelte, ergriff Fürst Bismarck das Wort. Derselbe sucht seine von Windthorst unrichtig wiedergegebenen gestrigen Äußerungen richtig zu stellen und zu constatiren, daß genau nach dem Artikel 10 des Gesetzes vom 31. Dec. 1871 verfahren worden sei. Ueber 200 Schulschwester und einige hundert Schulbrüder seien gegenwärtig noch im Elfaß thätig, aber die Entfernung der direct gemeinschädlichen Elemente unter denselben sei nothwendig gewesen. Der Reichskanzler bestreitet, daß England und Rußland mit den Ultramontanen sympathisiren; in England werde selbst anerkannt, daß bei den ultramontanen Wählereien in Irland eine konstitutionelle Regierung unmöglich sei. Betreffs Rußlands möge Windthorst die Stimmung der Gegner desselben besser kennen, über die Stimmung der Regierung sei er (Reichskanzler) besser unterrichtet. Mallindrodt bezeichnet die Andeutung des Fürsten, daß die Katholiken gegen die atatholischen Regierungen untreu und unzuverlässig seien, als unwahr und die Anklagen gegen die Clericalen im Reichslande als unbegründet. Fürst Bismarck erwidert darauf: Darüber, ob ich die Ruhe- und Friedensstörer in den Reichslanden, ob ich die Anführer aller Opposition verkenndet habe, rufe ich den Wahrspruch der öffentlichen Meinung an. Darüber erwarte ich getrost das Urtheil der Geschichte. Ich glaube recht zu thun, wenn ich schwarz nenne, was schwarz, weiß, was weiß ist. (Stürmischer Beifall.) Die auf Irland bezügliche Äußerung beruhe auf von der dortigen Botschaft eingezogener Erkundigung. Das ganze civilisirte Europa stimme mit des Redners Meinung über die Ultramontanen überein. Nachdem noch der im Elfaß wohnende Abgeordnete Peterfen die Unbegründetheit der gestrigen Angriffe Sonnemann's nachgewiesen, und das Vorgehen der Reichsregierung gegen den Straßburger Gemeindevorstand und französische Justizbeamte gerechtfertigt hat, wird die Generaldiscussion geschlossen. Das Haus beschließt, daß durch die gelieferte Uebersicht der elfaß-lothringischen Verwaltung Genüge geschehen sei.

Berlin, 17. Mai. Reichstagsitzung. (Schluß). Es folgt die Berathung des Elben'schen Antrages auf Errichtung eines Reichseisenbahnamtes. Nach der Begründung des Antrags durch den Antragsteller erklärt Fürst Bismarck: Die bezügliche Bestimmung der Reichsverfassung sei völlig klar; er fühle sich in seinem Gewissen beschwert, daß er in seiner großen, durch Krankheit vielfach unterbrochenen Thätigkeit an der erforderlichen Initiative es bisher haben lassen und in den bisherigen Anregungen des Reichstages nicht die erforderliche Unterlage für solche Initiative gefunden habe. Er begrüße daher die eingebrachten Gesekentwürfe auf's freudigste als Hilfstuppe und sage die nachdrückliche Unterstützung im Bundesrathe zu. Des Abg. Edhard (Baden) Bedenken wegen der badischen Staatsbahnen begegnet der Reichskanzler mit dem Hinweis auf die Bekleidung des Reichseisenbahnamtes mit den Functionen einer richterlichen Behörde. Nach kurzer Debatte lehnt das Haus die Commissionsberathung ab und beschließt zweite Berathung im Plenum.

Ausland.

Wien, 14. Mai. Man schreibt dem „Tagbl.“ aus Wödling: „Die Börsenkatastrophe hat auch unter unseren biederen Landbewohnern ärgere Verwüstungen angerichtet als man glauben sollte. Die angeborene Neigung unserer an die Ausbeutung der Städte gewohnten Landleute zu dem dolce far niente, ferner der verlockende Anblick der Masse plöblich reich gewordenen Augenichse hat unsere Landkämmer, Handwerker, Hauer und Bauern verleitet, den leichten Erwerb an der Börse der mühsamen und verhältnismäßig wenig lohnenden Arbeit

vorzuziehen. Die von der Regierung concessionirten Börsen-Comptoirs waren ja dazu da, um selbst den Unberufensten an dem Manne der Börse theilnehmen zu lassen, außerdem etablirten sich in jedem kleinen Orte eine Sorte „Schlaumeiers“, welche gegen Provision die Börsengeschäfte der Bewohner besorgten. So kam es, daß Alles, selbst die Lehrbuben und Dienstboten an der Börse spielten. Liebe, Lust und Bönne herrschte überall, der Spaten und die Haue ruhten, um's Geschäft kümmerte sich Niemand. Schneite es doch das Geld zum Fenster herein! Nieder mit der Arbeit, es lebe die Börse! Das war das Lösungswort der Menge. Krach — da liegen sie in Haufen, wie die Maikäfer nach einem großen Frost. Die Zahl der durch die Börsen-Katastrophe ruinirten Landbewohner läßt sich heute noch nicht bestimmen, da jeder seinen Ruin so viel als möglich zu verbergen trachtet.

Wien, 14. Mai. Cardinalerzbischof v. Rauscher hat an den Hrn. Bischof Eugenius Lachat von Basel ein (vom „Volksfreund“ veröffentlichtes) Schreiben gerichtet, worin er diesem schwergeprüften Amtsbruder seine innigste Theilnahme ausdrückt. Der Cardinal beleuchtet das schmachvolle Treiben der Schweizer Tyrannen und sagt dann:

„Man hat Euere bischöflichen Gnaden von Ihrem Sitze vertrieben; Geldstrafen werden verhängt, die Bezüge der Geistlichen eingestellt, das Kirchengut mit Beschlag belegt, die Gotteshäuser geschlossen. Damit haben die Feinde der katholischen Kirche sich in ihrer wahren Gestalt gezeigt; jeder, auch der leichteste Schein einer nothdürftigen Duldung ist verschwunden; die Tage offener Verfolgung sind angebrochen. Es bleibt nichts übrig, als daß über die Katholiken, welche Katholiken bleiben wollen, auch Leibesstrafen verhängt werden.“

Pest, 16. Mai. Der „Lloyd“ meldet: Graf Paar geht als Botschafter bei dem päpstlichen Stuhle an Stelle des verstorbenen Baron v. Ruedel nach Rom. Die Zustimmung der Curie ist dazu bereits eingetroffen.

Rom, 17. Mai. Die „Italia“ meldet: „Der Papst empfing mehrere Personen. Morgens war Empfang im Vatican. Die Souveraine beglückwünschten den Papst zu seinem Geburtsfeste. Die Regierung wird vorsichtshalber die Garnison von Rom verstärken.“

Rom, 17. Mai. In der heutigen Kammeritzung wurde die Debatte über das Klostergesetz fortgeführt. Minister Lanza erklärte, daß die Regierung die in dem Gesetze verlangten Ausnahmen aufrecht halte. Artikel 1 wurde sodann in einer Fassung, daß die Ausnahmen im Prinzipie zwar zugestanden, die Klostergeze jedoch auch auf Rom ausgedehnt werden, mit 335 gegen 3 Stimmen angenommen. 15 Deputirte enthielten sich der Abstimmung. Die Deputirtenkammer hat ferner den Art. 2 des Klostergesetzes mit einem Amendement Ricapoli's, wonach zur Erhaltung der Ordensgenerale jährlich 400,000 Francs. aufgewendet und denselben entsprechende Wohnung und Bureau zugewiesen werden sollen, angenommen.

Paris, 17. Mai. Die Regierung wird die Berathung der constituirenden Gesetze bis nach Klärung des Gebietes verlangen.

Paris, 17. Mai. Die Demission der Minister Goulard und Jules Simon ist angenommen und Casimir Perier zum Minister des Innern ernannt worden. Es gilt als sehr wahrscheinlich, daß Berenger zum Unterrichtsminister und Martel zum Cultusminister ernannt werden.

London, 17. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses beantragte Mill, eine auf Abschaffung der anglikanischen Staatskirche gerichtete Resolution anzunehmen. Nachdem Gladstone der Annahme der Resolution widersprochen hatte, wurde dieselbe mit 356 gegen 61 Stimmen verworfen.

Madrid, 14. April. Ueber die Flucht des Marschalls Serrano, nachdem er ein Asyl im Hause des engl. Gesandten, Mr. Layard, gefunden hatte, macht ein Correspondent der „Times“, der aus Madrid vom 8. d. schreibt, interessante Mittheilungen: „Die Möglichkeit eines neuen Ausbruchs oder die Erneuerung der Gewaltthaten des 23. und 24. April befürchtend, und überdies durch die muthmaßliche Existenz eines Complots, ihn zu ermorden, angetrieben, urgirten die Freunde des Herzogs seine Abreise aus dem Lande. Selbst die Regierung sah diese Nothwendigkeit ein. Aber die Schwierigkeit war, wie ihn wegzubekommen. Seine schönen Gesichtszüge und seine männliche Gestalt waren Jedermann in der Stadt bekannt. Die Eisenbahnstationen (es gibt deren nur zwei) befanden sich zur Zeit im Besitz bewaffneter Freiwilligen, die jeden Waggon nach anstößigen Personen durchsuchten. Am 24. wurden sogar die verschlossenen Waggon, die

Waaren unter Vollverschluß von einem Theile des Landes nach dem andern befördert und die Madrid bloß intransitu passiren, erbrochen und durchsucht. Man hielt es für nothwendig, daß alle die hervorragenden Ex-Monarchisten, die ihr Heil in der Flucht suchten, Verkleidung anlegen sollten. Serrano's Verkleidung war so vollkommen, daß selbst Jene, die ihm dabei behülflich waren, ihn nicht erkannten, als er seinen hübschen Schnurrbart abrasirt, ein Paar falsche Backenbärte (die Natur gab ihm niemals welche) angelegt und sich in einen alten Hausanzug des Herrn Layard einschließend eines breiträmpigen Filzhutes gekleidet hatte. Während der Vorbereitung für seine Verkleidung protestirte er gegen die Backenbärte und gab erst im letzten Moment nach. Er warf sie indeß in dem Augenblick, als der Zug die Station verließ, weg. Ich war da, als er abreiste, und ich muß gestehen, daß ich ihn nicht erkannte, obwohl er hinter mir vorbeistrafte, um in den für ihn vorbereiteten Waggon zu steigen. Sein Aussehen war das eines von der Jagd heimkehrenden englischen Gutbesizers. In demselben Zuge, aber am andern Ende desselben, reiste Martos, ebenfalls in Verkleidung und begleitet von einem öffentlichen Functionär, der namenlos sein soll. Serrano war von Herrn und Frau Layard begleitet, die ihn nicht eher verließen, bis sie ihn sicher an Bord eines nach St. Jean de Luz bestimmten Dampfers in Santander wußten. Als eine außerordentliche Vorsichtsmaßregel im Falle eines Angriffes hatte die Militärbehörde eine Compagnie Soldaten geliehen, die zwei oder drei Wagen in der Mitte des Zuges füllte.“

Notiales.

Strasburg, 15. Mai. Heute früh fand am alten Rhein zwischen zwei Studenten ein Pistolenduell statt, leider mit unglücklichem Ausgang. Der eine, zugleich der Beleidigte, wurde durch den Leib geschossen und verblieb eine halbe Stunde darnach im Spital. Der andere, ein Student in den höheren Semestern, stellte sich der Behörde und befindet sich bereits in Untersuchungshaft. (Str. 3.)

Bomsee, 13. Mai. Um Andere vor Schaden und Neue zu bewahren, theilen wir Folgendes aus authentischer Quelle mit. Nicht bloß in der Seegegend, sondern bis in den Schwarzwald hinein treibt ein gewisses Individuum J. A., sich ausgebend als Baron v. L., seine Schwindeleien. Dieser Mensch, erst 22 Jahre alt, der schon Streiche geliefert hat, die ein Jahrmarktbuch ausfüllen könnten, und der sich rühmt, ein „Mitatholit“ zu sein, wußte sich die Adresse eines Mädchens von 18 Jahren aus achtbarer Familie in einem Dorfe des Schwarzwaldes zu verschaffen und den Leuten aufzubinden, daß er der Baron v. L. sei. Er feierte mit seiner Angebeteten die Verlobung und benützte die Gelegenheit einer Bauernhochzeit, um in einer Ansprache seinen Brauttag als den schönsten seines Lebens zu rühmen. Nun wollte er die Brautreise auch machen — nach Wien zur Ausstellung — als man noch rechtzeitig hinter den Schwindel kam und der Kaiserin ohne die Braut von Messina heimzog, wahrscheinlich um in seinen zerrissenen Schuhen und einem alten von Mäusen angenagten Reisejacket neue Abenteuer zu bestehen. (Fr. St.)

* Literarisches.

Die Muse unseres Freundes Baumgart hat uns wieder mit einem herrlichen Gesekent erfreut: „Daniel O'Connell“ heißt die Ioesen in der Herder'schen Verlagshandlung in Freiburg erschienene Schrift, auf welche wir nach erfolgter Lectüre noch näher zurückkommen müssen.

Von der Börse.

Frankfurt, 17. Mai. Die Börse verkehrte zwar in fester Haltung, doch hatte das Geschäft nur äußerst geringe Ausdehnung. Die Nachricht neuer Falliments in Wien konnte die Stimmung nicht erheblich abschwächen; das Wochenplus der Staatsbahn machte einen recht günstigen Eindruck. Im Allgemeinen faßt man die Krisis als überwunden auf und in der That scheinen die Verhältnisse in Wien — mag selbst Manches noch bevorstehen — jetzt wenigstens ziemlich geklärt zu sein. Die Behörden scheinen nach heute eingelaufenen Nachrichten eine scharfe Controlo des Status sämmtlicher Banken eintreten lassen zu wollen, eine Maßregel, die nur zu billigen ist. Auch in Berlin scheint man — wenn es auch keineswegs zum Ultimo an größeren und geringeren Falliments fehlen wird — der Liquidation beruhigter entgegenzusehen. (Frkf. Btg.)

Für die Brandbeschädigten in Blumberg sind ferner eingegangen von Frau J. F. von hier 30 fr. Von Ungenannt 1 fl. 30 fr.

Für die arme Familie in St. Blasien sind eingegangen von L. Murat Stadtpfr. in Wertheim 1 fl. Von S. M. in Heidelberg 3 fl. Von G. von hier 30 fr.

Briefkasten.

Nach D. Wir sind Ihnen sehr dankbar für Ihr freundliches Anerbieten. Eine besondere Richtung für Ihre Einwendungen wollen wir Ihnen nicht angeben, — pectus facit correspondentem.

Redigirt unter Verantwortlichkeit v. Dr. Ferd. Bissing.

